

## Der Mensch kommt in Familie oder gar nicht vor!

Ich gratuliere dem Vorstand von „Verantwortung für die Familie“ zum 20-jährigen Jubiläum. Ich bin immer wieder von Initiativen mit langer Lebensdauer begeistert, die sich uneigennützig für das Wohl der Familie einsetzen. Mein Gruß gilt den Referenten und allen Gästen dieses Abends.

1. Vorbemerkung. Ich spreche hier nicht im Namen meiner Stiftung, sondern als Privatperson, allenfalls noch als Vertreter des Familiennetzwerkes.

2. Vorbemerkung: Diese gilt dem Thema meines Vortrags.

Wer in dieser Überschrift eine gewisse Banalität entdeckt, mag durchaus recht haben. Aber wenn es stimmt, dass wir in einer Welt leben, die die gestrige Normalität auf den Kopf zu stellen glaubt, dann ist die Vergewisserung, dass der Satz „Der Mensch kommt in Familie oder gar nicht vor“ wenigstens heute noch Gültigkeit hat, nicht abwegig. *Das Ende der Normalität*, so der Titel eines Buchs von Gabor Steingart, präsentiert uns eine Welt,

- in der die Alterspyramide nicht nur auf dem Kopf steht, sondern die Standfläche der Neugeborenen immer mehr zur Spitze wird,
- in der alle politische Parteien in Deutschland angesichts der niedrigsten Geburtenrate der Welt weiter von der „demographischen Chance“ sprechen,
- wo es keinen Konsens mehr über die Definition von Familie gibt,
- dementsprechend ermäßigte Eintrittskarten für Familien nicht mehr ausgegeben werden, weil „nicht mehr klar zu definieren ist, was eine Familie ist“,

- Ehe für alle auf dem Vormarsch ist,
- Schreiben nach Gehör erlernt, die Handschrift abgeschafft wird,
- Frühsexualisierung zum schulischen Curriculum gehören soll,
- eine Bildungsministerin behaupten kann, dass die Kita-Betreuung besser sei als jede elterliche Erziehung,
- wo Kinder-Exit-Strategien vorsehen, Kinder immer früher und immer länger in fremde Hände zu geben, wenn es sein muss eine Woche lang,
- 250 Professuren für eine gänzlich überflüssige Genderforschung installiert, die Lehrstühle für Demographie geschlossen werden,
- wo in einer bislang wissenschaftsorientierten Gesellschaft das Bauchgefühl zum Maßstab politischer Entscheidungen avanciert,
- wo die Deutschen mehr Geld für Hundefutter als für Babynahrung ausgeben,
- und Hunde erzogen und Kinder betreut werden,
- wo – wie Gabor Steingart formuliert - „die Beziehung zur Automarke stabiler ist als zum Ehepartner“.

## **Die Familie als Objekt politischen Veränderungswillens.**

Was bei all diesen Kuriositäten auffällt: Die Familie steht im Fokus des Veränderungswillens unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte. Dazu gehört neben der Wirtschaft und den Medien in erster Linie die Politik.

Die Veränderung der traditionellen Familie als überholtes Lebensmodell ist das erklärte Ziel beinahe aller Parteien. Hier hat eine normative Politik mit der Umerziehung der Familie längst begonnen. Familie soll

1. Humankapital für die vom Geburtenmangel betroffene Wirtschaft zur Verfügung stellen,
2. ihren Bildungsstandard im Sinne von PISA-Studien heben und
3. die ökonomische Gleichstellung von Mann und Frau herstellen, so der siebte Familienbericht der Bundesregierung.

Dabei wird deutlich: Es geht weder der Regierung noch den Parteien darum, den Familien zu ihrem Recht zu verhelfen, sie entsprechend Art. 6 - GG – zu schützen, sondern sie entsprechend anderer Lebensentwürfe den Ideen des staatlich verordneten Gendermainstreams, des Feminismus bzw. der Gleichstellung anzugleichen, sie zu optimieren. Wobei Gender als ein Virus zu begreifen ist, das die Vitalität der Gesellschaft angreift, das unvoreingenommene Vertrauen in den Anderen und den Gemeinsinn zugunsten der Selbstoptimierung über Bord wirft. Wir müssen wissen: Gender kennt keine Familie, nur das eigene Geschlecht. Konsequenz zu Ende gedacht, steht am Ende die atomisierte Gesellschaft.

Wobei auch die Familie als die natürliche vorstaatliche Einrichtung anderen Lebensentwürfen gleichzusetzen, widersinnig ist, da sie unser aller Zukunft garantiert.

Deshalb sollten wir an der Wahrheit festhalten, dass es die Ehe ist, in welcher am ehesten eine Familie gegründet wird. Wegen ihrer durchschnittlich höchsten Bestandsdauer bietet sie am ehesten die Gewähr, dass Kinder gefördert werden und darin eine behütete Kindheit erleben können. Und trotz tendenziell anderslautenden Medienberichten ist die Tatsache doch erstaunlich: Drei Viertel unserer Kinder unter 18 Jahren wachsen deutschlandweit

in diesem Erfolgsmodell bei ihren eigenen Eltern auf. Und es ist die Gesellschaft, deren Vitalität, Prosperität und Zukunftsperspektive in hohem Maße von stabilen Ehen und kinderreichen Familien abhängt. So gesehen ist das Überleben einer starken Familie die Schicksalsfrage für unsere Gesellschaft schlechthin.

Die materielle Schwäche der Familie hat mit unserem Parlament zu tun, das,

1. bis heute die Auflagen der vier Familienurteile des Bundesverfassungsgerichts (Trümmerfrauenurteil, Pflegeversicherung, Mehrwertsteuer und Kinderexistenzminimum) ignoriert; und
2. die Transferausbeutung von den Familien zu den Kinderlosen, d.h. die eklatante finanzielle Schlechterstellung von Familien, nicht zum Anlass genommen hat, entsprechende Gesetzesinitiativen zu formulieren.

Nachzulesen in der Publikation „Sozialstaatsdämmerung“ von Dr. Jürgen Borchert, ehem. Sozialrichter in Darmstadt. Er erläutert darin sehr anschaulich, dass die sogenannten staatlichen Familienleistungen wie Eltern-, Betreuungs- und Kindergeld tatsächlich von den Familien selbst finanziert werden, und zwar durch die immensen indirekten Verbrauchssteuern. Er resümiert:

*„Die Erzeugung, Ernährung und Bildung von Kindern, die hohe Leistung der Reproduktivität und Produktivität von ‚Humankapital‘, zählt nichts, ist ökonomisch nicht anerkannt, wird staatlich sogar bestraft.“* In seiner Bil-

dersprache sieht das Missverhältnis von Familienleistung und Familienlastenausgleich wie folgt aus: *„Der Staat treibt den Familien über die Steuer und Sozialabgaben die Sau vom Hof und gibt ihr drei Koteletts zurück.“*

Im Gegensatz zu heute war früher ein Facharbeiter als Alleinverdiener in der Lage, seine Familie und sogar ein Reihenhaus zu finanzieren.

Und die Ausbeutung wird vom IFO-Institut bestätigt, wenn es feststellt:

Wer ein Kind erzieht, schenkt der Gesellschaft 77.000 Euro. Insofern könnten sich fast alle hier Anwesenden eine Spendenbescheinigung über mehrere 100.000 € ausstellen lassen. Es gibt, so Borchert, in Deutschland eine strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien, die die Kinderlosen deutlich höhere Einkommen erzielen und Eltern mit mehr als zwei Kindern in die Armutsfalle laufen lässt. Wobei es nicht darum geht, Kinderlose zu bestrafen, sondern darum, die Erziehungsleistung der Familie zu honorieren. Wie könnte dies aussehen?

Für die Erziehung von Kindern sollte es künftig pro Kind nicht mehr nur drei Entgeltpunkte geben, sondern zehn Entgeltpunkte. Und für die Zahlung eines durchschnittlichen Rentenbeitrags an die Rentenversicherung sollte es künftig nicht mehr einen Entgeltpunkt pro Jahr geben, sondern nur noch 0,7 Entgeltpunkte. Man muss wissen, dass ein Entgeltpunkt einem Anspruch auf eine monatliche Rentenzahlung ab dem 67. Lebensjahr in Höhe von 28 € entspricht. Das würde erstens für mehr intragenerationelle Gerechtigkeit sorgen. Und zweitens in der Gegenwart Eltern entlasten, weil sie deutlich weniger Altersvorsorge aus ihrem an sich schon geringen Nettoeinkommen leisten müssten. Umgekehrt würden Menschen, die, aus welchen Gründen

auch immer, auf die Erziehung von Kindern verzichten wollen oder müssen, gezwungen werden, durch die reduzierten Rentenerwartungen mehr Geld aus ihrem Nettoeinkommen für ihre private Altersvorsorge zurückzulegen. Im Ergebnis würden in der Gegenwart Eltern finanziell besser gestellt und Kinderlose relativ schlechter gestellt werden. Ohne Strafsteuer oder ähnlich schwierig vermittelbare Konzepte. Das hätte erfreuliche Auswirkungen auf die Attraktivität unterschiedlicher Lebensformen.

Diese intragenerative Gerechtigkeit nicht herstellen zu wollen, hat etwas mit dem Werterelativismus, aber sicher auch mit den Biographien unserer Volksvertretung zu tun.

Das soll kein Vorwurf sein, aber es erklärt vielleicht die rückläufige Empathie bei denen, die keine Kinder haben, gegenüber denen, die Familie haben.

Ich bemühe immer gerne das kinderreiche Frankreich als Beispiel: und da die letzte Legislaturperiode unter Sarkozy, politisch vergleichbar mit der von Merkel. Dort der franz. Präsident - ich denke jetzt weniger an Hollande, der von *mariage pour tous* träumt -, sondern an Sarkozy, der in seinen Neujahrsreden regelmäßig feststellte, dass die hohen Geburtszahlen des Vorjahres für Frankreich Glück und Prosperität bedeuteten. Und dazu gehört selbstverständlich, dass sich die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des Kabinetts und des Parlaments der Familie verpflichtet fühlen. Warum? Weil die große Mehrheit Familie hatte. Es ist denn auch kein Zufall, dass sie hinter der Drei-Kind-Politik stehen.

Vergleichen wir das mit dem deutschen Pendant, dann können wir feststellen, dass ein großer Teil der Regierungsmitglieder und ein Drittel der Bundestagsmitglieder kinderlos war. Und wenn es stimmt, dass wir in unserem politischen Handeln in hohem Maße von unserem eigenen Lebensentwurf beeinflusst sind, dann ist es nicht verwunderlich, dass die Wertschätzung der Familie in Deutschland - gelinde gesagt - etwas unterkühlt ausfällt.

Das ist im Übrigen auch der Unterschied zwischen der Bonner und der Berliner Republik. In der Bonner Republik konnte der Bundeskanzler und Familienvater Konrad Adenauer unwidersprochen sagen: *„Kinder kriegen die Leute immer.“* Sicher hat er nicht im Traume daran gedacht, dass es schon bald eine Berliner Republik geben würde, die „Ehe und Familie“ als einen unter vielen Lebensentwürfen bezeichnen würde.

Ich beobachte ohnehin, dass nicht nur die Schere zwischen Familien und Kinderlosen auseinandergeht, was sich mehr und mehr in fehlender Rücksicht für eine wesentlich kompliziertere Lebensform als die des Singlelebens äußert. Bei manchen häufig auch kinderlosen Abgeordneten ist zudem eine Tendenz zu beobachten, besser Bescheid zu wissen, wie Familie die Erziehungsaufgabe wahrzunehmen hätte. Assistenten von der Bertelsmann-Stiftung und der OECD sehen sich diese Abgeordnete entsprechend legitimiert, über Gesetze Einfluss auf Familie nehmen zu können. Sie schwärmen von Mehrgenerationenhäusern und loben die hochgepriesene Qualitätszeit von Eltern als Doppelverdienern mit ihren ganztags betreuten Kita-Kindern

abends zwischen Müdigkeit und Schlafattacke. Ich denke da an die diskreditierende Begründung einer ehemaligen Familienministerin, das Betreuungsgeld nicht ausbezahlen zu wollen, weil möglicherweise damit Alkohol und Flachbildschirme gekauft werden würden. Und selbst wenn diese Unterstellung auf die Gruppe des Prekariats zutreffen könnte, so gibt es keinen Grund, die Gesellschaft von den Rändern her zu definieren und die große Mehrheit der Eltern zu bestrafen. Die fehlende Wertschätzung der Leistung von Familien mag der Grund sein für das fehlende Verständnis von Leistungsgerechtigkeit. Hätten wir eine solche Leistungsgerechtigkeit, dann könnten sich junge Menschen mit Kinderwunsch darauf verlassen, dass sie sich als Eltern finanziell nicht schlechter stellen als Kinderlose. Dafür sollten sie denn auch einen Familienlastenausgleich erhalten, der den Namen verdient, zumal wir uns vorstellen können, dass durch die Geburt eines Kindes die Lebenskosten sprunghaft ansteigen. Ihnen dagegen zuzurufen: „Geld zeugt keine Kinder!“, verkennt völlig die finanzielle Situation dieser Zielgruppe.

Und ich gehe einen Schritt weiter: Wenn die Bundesregierung im Zuge der Wirtschaftskrise 2008/2009 aus Angst, die Autoindustrie könnte Schaden nehmen, eine Abwrackprämie von 2.500 Euro pro Wagen beschließt und mit 5 Mrd. Euro Steuergelder immerhin 600.000 Autobesitzer begünstigt, warum kann sie dann nicht angesichts der demographischen Schieflage und der fehlenden Leistungsgerechtigkeit einen spürbaren Leistungsausgleich für Familien beschließen. Und da es sich um Kinder handelt, könnte die Summe verdoppelt werden.



Denn so Kardinal Frings:

*„Die Zukunft des Landes hängt nicht von der Anzahl der Kraftwagen ab, sondern von der Anzahl der Kinderwagen.“*

Die schlechte finanzielle Ausstattung der Familien war für die Familienpolitik eine ideale Ausgangslage, im Schulterschluss mit der Wirtschaft eine neue Familienpolitik auszurufen, die man getrost auch als Frauenerwerbspolitik bezeichnen kann.

Ihr heilbringendes Paradigma lautet: „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“.

Wir erinnern uns: Es war das Jahr 2007, an welchem das christdemokratische Familienleitbild von Familienministerin von der Leyen auf den Kopf gestellt wurde mit der Ankündigung, 780.000 Krippenplätze bis 2013 bauen zu wollen. Die Opposition von SPD, Grüne und Linke klatschten Beifall. Solche Zahlen hatten sie sich selbst nicht zu präsentieren getraut. Bürgerliche Kreise, die bis heute die Unterscheidung von Erziehen und Betreuen vornehmen, sind bis heute sprachlos.

Lassen wir uns nicht täuschen: Diese Maßnahme galt keineswegs dem Wohl der Kinder. Sondern war primär als Erwerbsoffensive für Mütter zu verstehen. Dazu passt denn auch die Devise der Bundesregierung: *„Kinder dürfen nicht länger ein Hindernis für Beruf und Karriere sein.“*

Also ist für Babys und Kleinstkinder eine Exit-Strategie zur Optimierung des Bildungspotentials vorgesehen.

Es ging also primär um die Mütter. Denn: 50 Jahre Geburtenschwund bescheren uns bereits heute eine Hypothek auf die Zukunft, die wir scheinbar nur noch durch den Umbau der Gesellschaft korrigieren können.

Dazu gehört aufgrund des steigenden Fachkräftemangels in der Wirtschaft die Einwanderung von ausländischem Personal sowie die „Mobilisierung der stillen Reserve“, so der Sozialtechnokrat Rürup, der damit die Mütter als Arbeitskräfte meinte, die ganztägig der Erwerbstätigkeit nachgehen sollen. Die Betreiber dieser Offensive sind: Politik im Schulterschluss mit der Wirtschaft.

Der Sekundant der doppelten Erwerbsarbeit der Eltern ist die feministisch gender-orientierte Familienpolitik, die die Gleichheit von Mann und Frau über die Arbeit verwirklicht sehen will. Platon, Sparta und Karl Marx lassen grüßen!

Die Wahlfreiheit der Eltern, ihre Kinder zuhause zu erziehen und dafür Betreuungsgeld zu beziehen, war - bei der Diskussion um die gesetzliche Einführung - selbst bei der Mehrheit der CDU-Frauen nicht erwünscht. Hier lässt die marxistische Feministin und kinderlose Simone de Beauvoir grüßen. Sie empfahl, die Mütter unbedingt zur Arbeit zu zwingen. „Herdprämie“ war das diskriminierende Argument.

Seltsam ist, dass sogar unsere skandinavischen Vorbilder die Wahlfreiheit respektieren und ein deutlich höheres Betreuungsgeld bezahlen. Wahr ist auch:

Ohne CSU gäbe es heute keine Alternative zur staatlich finanzierten Kita. Frau Merkel drohte für die Durchsetzung des Betreuungsgeldes mit der Faust auf den Tisch zu hauen, weil es ein Wahlversprechen war. Wobei die Alternative, der erziehenden Mutter mtl. gerade mal € 150 zu zahlen mit

Blick auf die Kosten eines Kitaplatzes, der monatlich € 1.200,- kostet, kein Äquivalent darstellt.

## **Der Umbau der Gesellschaft ist Folge der Krippenpolitik mit einem vorsorgenden Staat als Betreuungsagentur für Kindheit, Jugend und Alter**

Heute stehen für knapp 800.000 Kinder unter drei Jahren bereits mehr als 52.000 Kitas zur Verfügung. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, lag die Betreuungsquote in Westdeutschland bei 30%, in Ostdeutschland bei 52,0% (2013). Die Statistik verschweigt, dass dort, wo es die meisten Betreuungsplätze gibt, niedrigere Geburtenzahlen zu verzeichnen sind.

Als Folge der rasch wachsenden Kita-Betreuung steht mit Verzögerung: die Verstaatlichung des Alters. Denn abgeschobene Kinder – zudem im sensibelsten Alter - werden die Abschiebung als gängiges Muster des innerfamiliären Umgangs verinnerlichen.

Die Abschiebung der Alten wird - analog zur Abschiebung der Kleinsten - im ähnlich großen Stil in Alten- und Altenpflegeheimen stattfinden. Und das Seniorenasyl wird auch deshalb eher zur Regel, weil die Mütter der Kinder, die bisher auch die Eltern und Schwiegereltern mitbetreut haben, wegen ganztägiger Arbeit als Ansprechpartnerin und Pflegerinnen für die Eltern ausfallen werden.

Bisher sind es noch 71 Prozent, meist Frauen, die diesen familiären aufopfernden Dienst leisten. Für das Jahr 2030, spätestens wenn die

Babyboom-Generation das Rentenalter erreicht hat, sind 3,5 Mio. Pflegebedürftige prognostiziert, was spätestens dann zu dem befürchteten Pflegenotstand führen wird.

Wer als überzeugter Single bei seinem Lebensentwurf zu bleiben beabsichtigt, aber heute schon einen ersten Eindruck von Pflegenotstand und Personalmangel in Krankenhäusern gewinnen will, sollte sich für ein paar Stunden von der Spaßgesellschaft verabschieden. In Krankenhäusern und Pflegestationen wird er einer Wirklichkeit begegnen, die ältere Menschen einsam und hilflos zurücklässt, weil kein eigener Familienangehöriger sich um sie kümmert und sie zudem die Sprache der Pfleger aus fremden Ländern nicht verstehen können.

Die Betreuung in Alten- und Pflegeheimen im großen Stil wird selbst für einen wohlhabenden Staat, der bereits heute mit der Finanzierung der Kitas an seine Grenzen angekommen ist, zu kostspielig sein.

Doch vorerst wird die Familie – dank der staatlichen Lenkungs- und sukzessive zur Beute des Staates, von der Wiege bis zur Bahre.

Unsere Familienhäuser werden zu Schlafstätten, der familiäre Zusammenhalt wird dem Krippenstaat geopfert. Das Warnschild an Baustellen: „*Eltern haften für ihre Kinder!*“ kann dann umgeschrieben werden zu: „*Der Staat haftet für Ihre Kinder!*“

Auch wenn die Zukunft etwas überzeichnet wurde: Familie wird à la longue vergesellschaftet werden. Das DDR-Krippen-System ist auf dem besten Wege, eine gesamtdeutsche Renaissance zu erleben! Zugegeben etwas bunter, kleinteiliger, pluraler in der Trägerschaft, aber – die Sprache

bzw. die Begrifflichkeit „Krippe“ verrät es - dem damaligen staatlichen Betreuungssystem zum Verwechseln ähnlich.

Bemerkenswert ist, dass diese machtvoll etablierte Krippenpolitik unter einer Kanzlerin Merkel vonstatten ging, die selbst von Glück sprach, nie von ihren Eltern in eine Krippe gesteckt worden zu sein. (Nachzulesen in einem Cicero-Interview)

### **Wirtschaft, Politik und Eltern sind zufrieden.**

Und siehe da: Das staatlich gesteuerte und hoch subventionierte außerfamiliäre Betreuungsangebot schafft eine wachsende Nachfrage. Das anvisierte Drittel der Kitas für die Kleinsten ist längst auf über 40 Prozent geschnellt. In Schweden, unsrem großen Vorbild, sind es bereits knapp 80 Prozent.

Und volkswirtschaftlich gesehen, könnten die Ergebnisse nicht besser sein:

Mehr als je zuvor gibt es in Deutschland 30 Mio. sozialversicherungspflichtige Beschäftigte (12/2013), die Steuereinnahmen und die Rentenversicherungsbeiträge sprudeln wie nie zuvor.

Die Mütter nehmen vermehrt am Konsumleben teil! Viele von ihnen machen Karriere. Die Delegation von Verantwortung – auch wenn es die ureigenste ist – zahlt sich auch pekuniär aus. Was will man mehr?

Aber der Preis ist hoch, zu hoch für die Verlierer: unsere Kinder.

Die massenhaft erfolgte Delegation von Verantwortung an Institutionen wird den humanen Kern unseres Gemeinwesens beschädigen.

- Die Freiheit der Familie wird durch die Gleichheit eines vorsorgenden Staates eingetauscht! Das Ende des zweckfreien Spiels des Kindes ist eingeläutet, denn die selbstbestimmten Freizeit passt in keine pädagogische Matrix.
- Die Sozialingenieure haben vergessen, dass das Leben selbst, das abenteuerliche Herumstreunen in Wäldern und an Bächen mit Freunden der beste Lehrmeister ist.
- Kinder verschwinden aus unserem Alltag.
- Besonders Kleinstkinder sind überfordert. Der Bindungsforscher Bowlby und Christa Meves weisen auf den hohen Gefährdungsgrad für psychische Fehlentwicklungen hin.
- Zuwendung, Sicherheit und Urvertrauen als Basis einer guten Entwicklung können bei meist zu hohen Kinder-Personal-Schlüsseln nicht garantiert werden.
- Die 3 „Z“ von Pestalozzis Erziehungsmotto: *Zeit, Zuneigung, Zärtlichkeit* verkommen in vielen Kitas schnell zu den 3 „S“: *still, satt, sauber*. Und aus Erziehung wird Aufsicht.
- Die Nebenwirkungen der optimierten Fremdbetreuung zeigen sich heute schon. Das System produziert vermehrt Schulabbrecher!
- Und wer sich jüngst die Deutschlandkarte mit den Startup-Unternehmen in ganz Deutschland angeschaut hat, dem ist aufgefallen, dass die neuen Bundesländer deutlich unterrepräsentiert sind. Ich führe dies auf die

Krippenerziehung zurück, die eher auf Anpassung im Kollektiv ausgerichtet ist als auf die Durchsetzung individueller Ideen.

Was ich geradezu beängstigend empfinde, ist die Gewissheit, dass die ganztägig kollektive Betreuung zunehmend Bestandteil des neuen Lebenslaufs einer ganzen Nation wird: von frühester Kindheit an bis ins Erwachsenenalter hinein!

- Sie beginnt bereits im Säuglingsalter, setzt sich fort
- im Kindergarten
- in der Grundschule
- in den weiterführenden Schulen
- im Studium: *„der standardisierte Student als passgenauer Werkträger“*, ohne Studium Generale, mit staatlich normiertem Studium und natürlich mit einer 40-Stunden-Woche!

Was bedauerlich ist:

Das neu eingeführte Sozialisierungsmuster findet keine lautstarken Gegner. Es gibt nicht einmal einen Warnhinweis für Eltern:

*Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie den Psychotherapeuten oder das Jugendamt oder im schlimmsten Fall die Polizei.*

Bedauerlich ist, dass die Kirche, weil diese größter Anbieter für die externe Kleinkindbetreuung ist als moralische Instanz, die warnend den Zeigefinger erheben könnten, ausfällt. Auch die Schar der Pädiater und Psychosomater, die diesen Weg als einen höchst riskanten bezeichnen könnten, hat bisher mehrheitlich geschwiegen.

Wir, die wir auf der Reling als kritische Beobachter stehen, müssen einsehen, dass sich der Ozeandampfer der kollektiven Kleinkind-Betreuung bereits in der skandinavischen Fahrinne befindet, längst Fahrt aufgenommen hat und weiter an Fahrt zulegen wird. So gesehen, ist die Fremdbetreuung für Kinder unter 3 Jahren fester Bestandteil des Algorithmus unserer Gesellschaft.

Gehen wir also realistisch davon aus, dass selbst bei zurückgehenden Krippenkinder-Zahlen, die aufgrund der ausbleibenden Geburten zu erwarten sind, die eingeschlagene Fahrt, die den Staat mehr als 20 Mrd. Euro gekostet hat, nicht eingeschränkt werden wird. Dafür wird schon die Abschaffung des Betreuungsgeldes sorgen, das ohnehin schon diskutiert wird. Die Fremdbetreuung wäre dann alternativlos und Wahlfreiheit überflüssig.

Aber lassen Sie mich am Ende noch auf die Frage eingehen, warum Kindermangel in Deutschland „Demographischer Wandel“ heißt. Die eigentliche Wertschätzung von Ehe und Familie, ihre große Leistung, die sie über alle anderen Lebensentwürfen heraushebt, ist die Weitergabe und Pflege menschlichen Lebens. Sie ist – wie schon gesagt - Garant der Zukunft unseres Volkes. In der Nationalhymne heißt es daher: „Blüh im Glanze dieses Glückes, blühe Deutsches Vaterland.“ Und natürlich steckt im Wort „blühen“ die Weitergabe des Lebens. Bei Goethe heißt es in dem Gedicht „Selige Sehnsucht“:

*„Und so lang du dies nicht hast, dieses Stirb und Werde, bist du nur ein müder Gast auf der dunklen Erde.“*



Von diesem „Blühen und Werden“ scheinen wir uns verabschiedet zu haben. Weder beflügelt es uns, noch gilt es uns als verpflichtend, es bleibt allenfalls optional. Etwa 100.000 Abtreibungen pro Jahr sprechen eine berede Sprache. Papst Franziskus hat recht, wenn er vor einer "Globalisierung der Gleichgültigkeit" in seiner jüngsten Enzyklika warnt. Nein, wir sprechen in Deutschland über alles, aber bitte nicht über Familiengründung.

Darüber nur zu sprechen, klingt sicher für viele schon etwas „vorgestrig“, gar politisch unkorrekt. Und das in einem Land, das eines der reichsten der Welt ist und die niedrigste Geburtenrate der Welt aufweist.

Mit Schuld daran ist sicher der Wohlstand, die Trägheit vieler Bürger, die Angst davor haben, lebenslange Verantwortung für jemand anderen übernehmen zu müssen. Junge Menschen kaufen dann doch lieber mal einen Hund, den man bei Nichtgefallen wieder in einem Tierheim entsorgen kann. Zu dieser Zukunftsvergessenheit gesellt sich noch ein vorsorgender Sozialstaat, der uns glauben macht, auch dann auf Familie verzichten zu können, wenn später einmal im Alter der sogenannte Generationenvertrag nicht mehr für Rente und Pflege aufkommen kann. Und zu guter Letzt ist da noch das unselige Gemisch aus Werterelativismus, Gender, Feminismus und Hyperindividualismus, das viele zögern lässt, große Entscheidungen wie eine Ehe oder einer feste Partnerschaft einzugehen.

Die Weitergabe des Lebens und das Gespräch darüber konzentriert sich daher in unseren Medien auf den Eis- oder Pandabären.

Um die Dramatik des demographischen Niedergangs zu verstehen, muss man wissen, dass wir seit 1972 eine ziemlich konstante zusammengefasste

Geburtenziffer von 1,4 Kinder pro Frau haben. Für die Bestandserhaltung der Population benötigen wir 2,1 Kinder, d.h. jede kommende Generation wird um ein Drittel kleiner sein als die derzeitige. Wer auf eine Schubumkehr hofft, muss wissen, dass der tatsächliche Geburtenwunsch der Deutschen gerade einmal bei 1,66 liegt. In Frankreich mit einer Geburtenziffer von 2,1 liegt der Geburtenwunsch bei 3,0 Kindern.

Es wird Sie vielleicht verwundern, dass es angesichts dieser desaströsen Entwicklung von Seiten der zuständigen Familienpolitik niemals eine ernsthafte Intervention gegen den Schrumpfungsprozess – etwa im Sinn der franz. Bevölkerungspolitik – gegeben hat, wenn wir einmal von Halbsätzen von Familienministerinnen absehen. So setzt die Wirtschaft weiter auf Wirtschaftswachstum und die Politik auf die demographische Schrumpfung, im Stillen auf die Segnungen massenhafter Einwanderung hoffend. Selbst Japan, das hinter Deutschland den vorletzten Platz in der Geburtenrate hat, hat inzwischen den Paradigmenwechsel mit einer Drei-Kind-Politik à la française eingeläutet.

Es ist evident, dass die fehlende Wertschätzung von Ehe und Familie, von Leben überhaupt, mit dem Geburtenschwund zusammenhängen. Die Schuld allein der Politik zuzuschieben, heißt die Tatsache zu ignorieren, dass eine ganze Elterngeneration vergessen hat, mit den eigenen Kindern über Kinder zu sprechen, sprich über die Weitergabe des Lebens zu sprechen.

Von der amtierenden Bundesfamilienministerin Schwesig ist zu hören, dass die Erhöhung der Geburtenzahlen nicht Thema ihrer Familienpolitik

sei, sondern vielmehr die Gleichstellung der Frau. Zukunftsvergessenheit nenne ich eine solche Haltung.

Auch sie gehört zu jenen, die, wie seinerzeit Annette Schavan, den sog. „Demographischen Wandel“ als Chance bezeichnen. Wobei von der Chance allenfalls die Wirtschaftsbranche sprechen kann, die Rollatoren, Treppenlifte und Hörgeräte herstellt.

Wer jedoch einmal Zeuge geworden ist, wenn eine mehrere Hundert Jahre alte Schule schließt, in der Tausende von Kindern gesungen und gerechnet haben, und weiß, dass dieses Schicksal inzwischen Tausende von Schulen in Deutschland getroffen hat, dem geht das Wort „Chance“ nicht so leicht über die Lippen. Wer weiter von Chance sprechen möchte, der kann auch bei jedem Autounfall (ohne Personenschaden) von Chance sprechen. Denn volkswirtschaftlich entsteht ein Mehrwert, und das Steueraufkommen wird erhöht durch Reparatur, Ersatzbeschaffung, Anwaltskosten etc.

Und wer wie ich jahrelang in einem karibischen Land gelebt hat, das von Kindern und Jugend geprägt ist, die eine nie gekannte Dynamik und Lebensfreude versprühen, der empfindet den Begriff „Chance“, bezogen auf Kindermangel, beinahe als Zynismus.

Und dies vor dem Hintergrund, dass es in keinem Land der Welt so viele kinderlose Frauen wie in Deutschland gibt, wobei der Anteil der Akademikerinnen bei über 40 Prozent liegen soll, so der Demographieexperte Birg. Dieser ist im Übrigen überzeugt, dass wir unser demographisches Problem nicht mittels Einwanderung lösen können.

Erst in den letzten beiden Jahren sind alarmierende Zeitungsüberschriften zu lesen wie:

„Ohne Kinder keine Zukunft“ so Allgemeine Zeitung – „Demographie: Deutschland riskiert die Bevölkerungskatastrophe“.

Die FAZ titelt: „Kindermangel gefährdet den Standort“ und „Land ohne Kinder“.

Und selbst Teile der Politik scheinen inzwischen der normativen Kraft des Faktischen Rechnung tragen zu wollen. Obwohl z.Z. eine kleine Randgruppe der Gesellschaft - es sind gerade mal 35.000 eingetragene Partnerschaften - ein agenda setting betreibt, das uns glauben lässt, dass die 8,1 Mio. Familien in Deutschland die eigentliche Minderheit seien, und uns beinahe überzeugt hat, dass die Samenbank die eigentliche Keimzelle der Gesellschaft sei (so ein FAZ-Redakteur, Reinhard Müller), gibt es erste Stimmen aus der Politik, die davon sprechen, dass die Demographie „*all unsere Errungenschaften zunichte macht*“. So der amtierende CDU-Ministerpräsident Haseloff aus Sachsen-Anhalt. Er fordert wie auch Prof. Kirchof, Prof. Biedenkopf, Prof. Milbradt u.a. einen radikalen Kurswechsel der Familienpolitik.

Jüngst forderte der JU-Bundesvorsitzende Paul Ziemiak eine Sondersteuer für Kinderlose, um jungen Eltern ein „Starterpaket“ von € 1.000 bezahlen zu können.

Am Ende angekommen, möchte ich zwei Wünsche äußern:

1. Familienverbände sollten auch weiterhin ihre Verantwortung für die Familien wahrnehmen. So gesehen sollten sie getrennt marschieren und ver-

eint schlagen, einerseits für die Idee der Familie und der Ehe werben, andererseits konzertiert mit anderen Familienverbänden gegen Marginalisierung und staatliche Vereinnahmung vorgehen. Wie man das macht, das hat schon der Verein „Verantwortung für die Familie“ vor 14 Jahren unter Beweis gestellt.

Groß-Demonstrationen in Madrid, Paris und letzte Woche in Rom zur „Verteidigung der Familie“ sind ein ermutigendes Beispiel.

2. Es wird uns nicht erspart bleiben, auf die Auswirkungen eines weiter anhaltenden Geburtenmangels hinzuweisen. Das gehört zum *Ceterum Censeo* unserer Tage, quasi als Weckruf für die Politik und die Medien. Was wir brauchen, das ist ein öffentlicher Diskurs zum Thema Bevölkerungspolitik. Denn eine Gesellschaft ohne Kinder hat keine Zukunft! Und das nicht nur wegen der Rentenversicherung, die an die Wand fährt, des wachsenden Pflegenotstands und rückläufiger Wirtschaftswachstumswachstumszahlen wegen, sondern weil uns eine Dimension verloren geht, die die Sozialtechnokraten nicht im Blick hatten, als sie von „Chance“ gesprochen haben, weil wir ohne Kinder emotional verarmen, weil uns die Liebe abhandenkommen wird, die von den Kindern auf uns zurückstrahlt.

Dass die Medien immer noch nicht im demographischen Zeitalter angekommen sind, zeigt der FOCUS vom 15.6., der den Aufmacher hat: *Single. Die neue Lust aufs Leben. So funktioniert der Solo-Lifestyle.*

Ich halte dagegen: Der Mensch kommt in Familie oder gar nicht vor.

Auch Singles sollten sich mit dieser Wahrheit auseinandersetzen, denn deren Zukunft hängt von Familien ab.